

Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2010 und 2011



Manfred Groh, MdL

Abg. Manfred Groh CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir heute in zweiter und dritter Lesung ...

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf um Ruhe bitten.

Abg. Manfred Groh CDU: ... den ersten Nachtrag zum Doppelhaushalt 2010/2011 verabschieden, dann dürfen wir uns in erster Linie bei unserem Finanzminister Willi Stächele für diese herausragende Haushaltsfortschreibung bedanken. Wer in heutiger Zeit die Nettokreditaufnahme um 50 Millionen € absenken kann, 40 Millionen € für strukturelle Verbesserungen bei den Landesbediensteten veranschlagen kann und darüber hinaus dem Landtag, also uns, den notwendigen Spielraum für wichtige politische Handlungsfelder lässt – ich denke dabei z. B. an die Empfehlungen des Sonderausschusses „Winnenden“ –, der hat unser aller Lob verdient. Daher gleich zu Anfang volle Zustimmung der CDU-Fraktion zu diesem Haushalt.

Meine Damen und Herren, das Jahr 2010 lässt uns nach den bisherigen Entwicklungen auf ein neues Wachstum hoffen. Das sagen vor allem auch die Wirtschaftsforschungsinstitute. Die konjunkturelle Erholung in Deutschland setzt sich gefestigt fort. Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Leistung dürfte im zweiten Quartal dieses Jahres merklich stärker ausfallen

als im ersten Quartal.

Diese Besserungstendenzen am Arbeitsmarkt setzten sich in den letzten Monaten bereits verstärkt fort. Die anhaltende konjunkturelle Erholung, gestützt durch zusätzliche Impulse aus einer kräftigen Frühjahrsbelegung, wirkte sich zunehmend auf den Arbeitsmarkt aus. Dies bekommt insbesondere Baden-Württemberg wohlthuend zu spüren.

Auch wenn in vielen Branchen und Unternehmen die Lage noch immer angespannt ist, drehen sich weitere wichtige Vorzeichen der Wirtschaft wieder von minus nach plus. Es wird sich zeigen: So, wie Baden-Württemberg mit seiner starken Export-, Investitionsgüter- und Hightechwirtschaft besonders hart von der weltweiten Abwärtsbewegung betroffen war, so wird es von der jetzt einsetzenden Belegung auch wieder schneller als andere nach oben getragen.

Je Einwohner exportierte Baden-Württemberg im Jahr 2009 weltweit Güter im Wert von 12 000 €, Deutschland insgesamt exportierte im Vergleich dazu Güter im Wert von 8 000 € je Einwohner. An der Höhe der Exportquote – dem Anteil des Exportvolumens am Bruttoinlandsprodukt –, die 38 % beträgt, wird die hohe Exportintensität des Landes deutlich sichtbar. Auch hier wieder ein Vergleich: Deutschlandweit beträgt die Exportquote 27 %. Ich bin fest davon überzeugt: Baden-Württemberg wird auch nach der Krise nicht Opfer, sondern Gestalter und Gewinner des Strukturwandels sein. Unsere Unternehmen haben die Zukunftsmärkte fest im Blick. Sie sind Weltspitze, wenn es um die Entwicklung und Optimierung neuer technologischer Trends und Möglichkeiten geht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in Zeiten der Krise und der Veränderungen tragen wir erst recht Mitverantwortung für Arbeitsplätze und Umsätze unserer Unternehmen. Auf diesem Weg in die Zukunft hat unsere Wirtschaft auch die volle Unterstützung der Landespolitik. In Baden-Württemberg ist die Gefahr einer Firmenpleite seit vielen Jahren am niedrigsten. Bezogen auf 10 000 Unternehmen hat Baden-Württemberg im Jahr 2009 mit gerade einmal 65 Unternehmen die geringste Insolvenzrate unter den Bundesländern. Im Durchschnitt lag diese Insolvenzrate bei 94 Unternehmen.

Mit unserem Landesinfrastrukturprogramm und mit dem massiv ausgeweiteten Landesbürgschaftsrahmen haben wir vielen Unternehmen im Tiefpunkt der Krise wertvolle Überbrückungshilfe leisten können. Gerade zur Unterstützung unserer Unternehmen bei der Überwindung der Finanzkrise brauchen wir die Banken in Baden-Württemberg und einen starken Finanzplatz Stuttgart. Wir werden daher alles tun, damit den Banken nicht durch zusätzliche Abgaben notwendiges Kapital abgezogen wird, das dann für die Kundenfinanzierung nicht mehr zur Verfügung stehen würde.

Grundlegende Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft, die Haftung und die Verantwortung, müssen wieder stärker das Handeln der Finanzakteure bestimmen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Thomas Oelmayer GRÜNE: Einsamer Beifall!)

Meine Damen und Herren, eine besondere Belastung für Baden-Württemberg ist der Länderfinanzausgleich. Ohne diesen stünde Baden-Württemberg schuldenfrei da. Auch für die Jahre 2010 und 2011 müssten keine Schulden aufgenommen werden; im Gegenteil: Ohne Zinsbelastung könnte das Land sogar in Krisenzeiten Rücklagen in Milliardenhöhe bilden. Baden-Württemberg ist nämlich das einzige Land, das immer in den Länderfinanzausgleich einbezahlt hat. Kein anderes Land hat mehr in den Länderfinanzausgleich einbezahlt. Seit 1950 sind dies immerhin 46,5 Milliarden €. Die Gesamtverschuldung des Landes Baden-Württemberg am Kreditmarkt ist nicht höher.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Baden-Württemberg saniert sich nicht zulasten seiner Kommunen. Baden-Württemberg wird weiterhin der starke Partner der Kommunen sein und deren Interessen auch beim Bund vertreten. Auch in Zeiten der Krise sorgt Baden-Württemberg für eine gute und solide Finanzausstattung seiner Kommunen. Die Gemeinden in Baden-Württemberg haben die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller Kommunen in Deutschland.

(Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Ja!)

Wenn Sie mir eine Bemerkung gestatten: Auch darauf, lieber Herr Kretschmann, hätten Sie bei Ihrer Haushaltsrede, bei der Sie einen Vergleich zu Nordrhein-Westfalen zogen, eingehen sollen, ja, im Sinne unseres Landes meine ich, sogar eingehen müssen. Schade, dass Sie dazu nicht in der Lage sind.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Gerade in Krisenzeiten sind Investitionen in Bildung Investitionen in die Zukunft. Dies zahlt sich in Baden-Württemberg schon jetzt aus. Im Bereich der beruflichen Bildung belegt Baden-Württemberg im Bildungsmonitor Platz 1. Bei der gemeinsamen Beschulung von behinderten und nicht behinderten Kindern ist das Land mit Bayern und Bremen Vorreiter. Das Bildungshaus für Drei- bis Zehnjährige ist bundesweit einmalig. Dies gilt auch für das Projekt „Singen – Bewegen – Sprechen“. Der Orientierungsplan findet bundesweit hohe Beachtung. Beim PISA-Länderranking belegen wir Spitzenplätze.

(Abg. Eugen Schlachter GRÜNE: Bei der Neuverschuldung auch! – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Bei der Jugendarbeitslosigkeit hat Baden-Württemberg bundesweit den niedrigsten Wert. – Sie hören das sehr wohl, lieber Kollege.

Wir sparen auch nicht an unseren Bürgern. Im Gegenteil: In der Ländervergleichsstudie „Wie sozial sind die Länder?“ wurden im Jahr 2006 anhand von 27 Indikatoren die Politikfelder Wirtschaftsleistung, Armut, Arbeit, Bildung, Geschlechtergleichstellung und Generationenverhältnis untersucht, und Baden-Württemberg liegt – wen wundert es? – hier wieder an erster Stelle.

Einen Solitär unserer baden-württembergischen Hochschulpolitik stellt das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ dar. Mit diesem ambitionierten Programm stellt Baden-Württemberg als erstes Bundesland überhaupt sicher, dass für den doppelten Abiturjahrgang 2012 und für eine steigende Zahl von Studienberechtigten in den kommenden Jahren eine ausreichende Zahl von qualitativ hochwertigen Studienplätzen zur Verfügung steht. Bis zum Jahr 2012 werden über alle Hochschularten hinweg 20 000 zusätzliche Studienanfängerplätze eingerichtet.

(Abg. Klaus Dieter Reichardt CDU: Sehr gut!)

Die baden-württembergischen Universitäten haben bei der Exzellenzinitiative sensationell abgeschnitten. Nicht zuletzt dank vorausschauender Hochschulpolitik und bester Rahmenbedingungen kommen vier von neun Exzellenzuniversitäten aus Baden-Württemberg. Auch in den übrigen Förderlinien waren die Universitäten des Landes weit überproportional vertreten. Rund ein Drittel der Fördergelder gingen somit nach Baden-Württemberg. Mit der Exzellenzinitiative wurden weit über 1 000 hochwertige Arbeitsplätze in Baden-Württemberg geschaffen.

Mit dem Solidarpakt haben alle Hochschulen einschließlich der Hochschulmedizin finanzielle Planungssicherheit für die Jahre 2007 bis 2014. Dies bedeutet: keine Einsparungen, und dazu Zuwächse bei den Personalkosten. Der Solidarpakt sichert die Leistungsfähigkeit unserer

Hochschulen. Der Wert eines gesicherten Budgets wird derzeit deutlicher denn je.

Mit dem Nachtragshaushalt werden auch die Voraussetzungen für die Dienstrechtsreform geschaffen, mit der das Land die durch die Föderalismusreform gewonnenen Gesetzgebungskompetenzen ausfüllen wird. Dieses Gesetz werden wir morgen noch behandeln.

Im Nachtragshaushalt setzen wir zudem die Senkung des Klassenteilers an Grundschulen um und schaffen Vorsorge für die Vorschläge der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft – berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“. Ebenfalls Gegenstand sind die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die aufgrund der Empfehlungen des Sonderausschusses „Konsequenzen aus dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen: Jugendgefährdung und Jugendgewalt“ beschlossenen Maßnahmen.

Der Nachtragshaushalt sieht vor, dass die Nettoneuverschuldung im Jahr 2011 um 50 Millionen € gegenüber der bisherigen Planung gesenkt wird. Dies ist ein sehr wichtiges Zeichen auf dem Weg, künftig keine neuen Schulden mehr aufnehmen zu müssen.

Die Absenkung der Neuverschuldung gewinnt mit einem Blick nach Nordrhein-Westfalen weitere Bedeutung. SPD und GRÜNE planen dort eine Rekordneuverschuldung von sage und schreibe 9 Milliarden€, um ihre künftigen, von einer Minderheitsregierung getragenen Koalitionskompromisse und die nachträglichen Wahlgewinne überhaupt umsetzen zu können.

Noch ein Wort zu unserem lieben Herrn Kretschmann und zu den lieben Kolleginnen und Kollegen der Grünen: Das verteidigen Sie auch noch. Wenn Sie weiterhin unseren baden-württembergischen Haushalt schlechtreden, zeugt das nicht gerade von Sachkompetenz, sondern vielmehr nur von purem Populismus.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Eugen Schlachter GRÜNE)

– Natürlich tun Sie das, und zwar in hohem Maß.

Sobald nämlich die Grünen, meine Damen und Herren, Regierungsverantwortung mittragen müssen, spielen zuvor geäußerte hehre Grundsätze der Finanz- und Haushaltspolitik plötzlich keine Rolle mehr.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Peinlich!)

Man könnte es auch etwas anders formulieren und sarkastisch sagen: Es ist gut, dass es wieder eine rot-grüne Regierung in einem Flächenland gibt. Diese wird uns nämlich aufzeigen, was viele bereits verdrängt haben: die Jahre 1998 bis 2005 unter einer rot-grünen Bundesregierung.

(Heiterkeit der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ich komme zum Schluss. Der aktuelle Nachtrag kann nur die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung berücksichtigen und die wichtigsten aktuellen Änderungen für die aktuellen Haushaltsjahre dementsprechend umsetzen. Daher haben wir die Regierung mit einem Entschließungsantrag aufgefordert, den Landtag im November 2010 über die aktuellen Planungen zu informieren und eine Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung vorzulegen.

Das sind unsere Ziele, meine Damen und Herren. Das sind die Ziele der CDU für Baden-Württemberg auf dem Weg aus der Krise. Lassen Sie uns gemeinsam alles dafür tun, dass wir auf

diesem Weg gut und schnell vorankommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)